

Braucht der Schweizer Film mehr Geld?

Am 15. Mai stimmt das Volk über das revidierte Filmgesetz ab, das die hiesige Branche mit weiteren Millionen unterstützen soll. Ausländische Streaminganbieter sollen künftig vier Prozent ihres Umsatzes in den Schweizer Film investieren.

Anna Wanner

1 Warum wird über das Filmgesetz abgestimmt?

Schweizer Fernsehsender sind seit 2007 verpflichtet, vier Prozent ihres Umsatzes in Schweizer Filme und Serien zu investieren. In den letzten Jahren verlangte sich das Fernsehen aber zunehmend zu Streamingdiensten, die bisher keinen Beitrag ans hiesige Filmschaffen leisten. Das neue Gesetz will nun ausländische Anbieter wie Netflix, Sky und Co. verpflichten, ebenfalls vier Prozent ihres in der Schweiz erwirtschafteten Umsatzes in Schweizer Filme und Serien zu investieren oder einen Ersatzbeitrag an die Filmförderung abzugeben. Den Entscheid fällte das Parlament 2021. Weil gegen die Änderung das Referendum ergriffen wurde, kommt es nun zur Abstimmung.

2 Wieso braucht der Schweizer Film finanzielle Hilfe?

Bundesrat und Parlament sind überzeugt, dass die Filmbranche allein schon wegen ihrer Kleinräumigkeit und sprachlichen Vielfalt auf Unterstützung angewiesen ist. Bund und Regionen zahlten gemäss Angaben des Bundesamts für Kultur (BAK) zwischen 2017 und 2020 im Schnitt 39 Millionen, die SRG und private Sender 42 Millionen, und über private Finanzierung kamen weitere 24 Millionen Franken hinzu. Das macht 105 Millionen Franken pro Jahr. Häufig ist von 120 Millionen die Rede, was dem Finanzvolumen von 2019 entspricht. Dieses soll nun um weitere 18 Millionen Franken aufgestockt werden.

3 Wer finanziert diese zusätzliche Unterstützung?

Zu einem grossen Teil soll das Geld von den ausländischen Streaminganbietern kommen. Zahlen müssen neu auch ausländische Fernsehsender, die in der Schweiz Werbung schalten.

4 Steigen also die Preise für die Streaming-Abos?

Ob die Streaminganbieter die zusätzlichen Aufwände auf die Abonnenten abwälzen, lässt sich nicht vorhersehen. Das entscheidet jeder der Streamingdienste wie Netflix, Amazon Prime, Sky oder Disney+ für sich. Das BAK hat in einem Vergleich mit anderen Ländern wie Frankreich oder Spanien, die sogar deutlich höhere Investitionspflichten



Bundesrat und Parlament wollen der hiesigen Filmbranche mit dem revidierten Filmgesetz unter die Arme greifen.

BILD KEY

kennen, bisher keinen Aufpreis bei den Streaming-Abos feststellen können.

5 Was ändert sich sonst für Konsumenten?

Das Gesetz verpflichtet Streamingdienste nicht nur dazu, vier Prozent ihres hiesigen Umsatzes in Schweizer Filme zu investieren. Sie müssen neu auch mindestens 30 Prozent europäische Produktionen in ihrem Angebot haben. Eine Quote für Schweizer Filme gibt es hingegen nicht.

6 Werden Schweizer Filme überhaupt nachgefragt?

Tatsächlich werden Schweizer Filme bei Streamingdiensten kaum nachgefragt. Nicht einmal 1 von 200 angeschauten Filmen oder Serien stammte 2020 aus der Schweiz. Allerdings gelangten Kassenschlager wie «Wolkenbruch» erst mit einer grossen Verzögerung auf Strea-

mingplattformen – also nachdem den Film schon viele gesehen hatten.

7 Wieso braucht es für Filme und Serien mehr Geld?

Den Befürwortern des Gesetzes geht es zwar um Schweizer Filmförderung – Geld spielt da selbstredend eine Rolle. Doch eben nicht nur. Die Pflicht, zu investieren, soll ausländische Anbieter dazu bewegen, auch grössere Filme und Serien in der Schweiz zu produzieren. Diese steht gegenüber jenen europäischen Ländern im Nachteil, die eine Investitionspflicht kennen. Die Folge davon: Anbieter wie Netflix produzieren eher in Frankreich oder Spanien, weil sie sowieso investieren müssen.

8 Wieso wurde das Referendum ergriffen?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Die Jungfreisinnigen und die anderen

Jungparteien, die das Referendum ergriffen haben, befürchten einerseits, dass die Abopreise steigen. Zweitens lehnen sie es ab, dass der Staat den Streaminganbietern vorschreibt, welche Filme und Serien sie den Zuschauern und Zuschauerinnen anzubieten haben. Der Abonnent zahle für das beste Angebot, nicht für ein staatlich gesteuertes. Drittens würden Privatsender wie 3+ geschwächt. Deren eigene Produktionen wie beispielsweise die Serie «Sing meinen Song» werden nicht als Investition angerechnet, der Sender muss trotzdem Teile seines Umsatzes abgeben. Aus diesen und auch anderen Gründen entstand das Referendum gegen das revidierte Filmgesetz. Neben den Jungparteien der FDP, der Mitte, der GLP und der JSVP unterstützen bisher die SVP, die FDP, der Gewerbeverband und das Konsumentenforum ein Nein.

9 Was halten dem die Befürworter entgegen?

Sie wollen vorab den Schweizer Film und die Filmszene stärken. Sie argumentieren mit «gleich langen Spiesen» einerseits zwischen inländischen Fernsehsendern und Streaminganbietern, welche heute satte Gewinne in der Schweiz erzielen, aber nichts investieren. Andererseits zwischen Filmschaffenden: Auch Schweizerinnen und Schweizer sollen die Chance haben, grosse Produktionen zu realisieren. Und: Schweizer Produktionen seien letztlich identitätsstiftend sowie gute Werbung für das Land. Das fördere ausserdem den Tourismus und das Gewerbe – und sichere Arbeitsplätze. Neben den Parteien SP, Grünen, GLP und Mitte unterstützen auch FDP-Politikerinnen und -Politiker zusammen mit hiesigen Filmschaffenden das revidierte Filmgesetz.

«Schweizer Filme statt Blockbuster»

Die Schaffhauser Nationalrätin findet, dass ein vielfältiges Angebot an Serien und Filmen in den vier Landessprachen die Schweizer Identität stärkt.

Von Martina Munz

Die Schweizer Filme erzählen gesellschaftlich relevante und lokal verankerte Geschichten. Filme wie «Die göttliche Ordnung», «Platzspitz Baby», «Verdingbueb», «Zwingli» oder Serien wie «Frieden» und «Tschugger» rufen uns unsere kulturellen und historischen Eigenheiten ins Bewusstsein, erinnern uns an wichtige Momente unserer Geschichte und unterhalten uns auf hohem Niveau. Ein vielfältiges Angebot in allen vier Landessprachen stärkt unsere Identität. Schweizer Filme wie «Schellen-Ursli» oder «Heidi» werden weltweit gezeigt und prägen das Image der Schweiz und sind für den Tourismus von unbezahlbarem Wert. Gleichzeitig hat sich die Filmwirtschaft radikal verändert: Streamingplattformen wie Netflix, Amazon Prime oder Disney+ und ausländische Fernsehsender wie Sat1, Pro7 oder RTL dominieren den Markt und verdienen kräftig an der Schweizer Kundschaft. Die Einnahmen fliessen heute ausschliesslich ins Ausland.

Das neue Filmgesetz soll das moderat verändern. Mit vier Prozent des Umsatzes sollen diese Firmen hier in der Schweiz Filme produzieren. Die Unternehmen können frei entscheiden, ob sie in Schweizer Filme investieren, coproduzie-

ren oder ankaufen wollen. In vielen europäischen Ländern gibt es bereits eine solche Investitionspflicht, die viel höher ist und gut funktioniert. In Italien etwa liegt die Investitionspflicht bei 20, in Frankreich gar bei 26 Prozent. Auch die Pflicht, im Angebot mindestens 30 Prozent europäische Filme aufzunehmen, ist nichts Neues. Sie entspricht einer EU-Richtlinie, die von den internationalen Streaminganbietern bereits eingehalten wird.

Das Argument der steigenden Preise ist frei erfunden: Einen Film in der Schweiz zu produzieren, kostet nicht mehr, als einen Film in den USA zu produzieren. Es wird also nichts teurer, und somit muss auch niemand mehr bezahlen. Ein Ja zum neuen Filmgesetz ermöglicht mehr Investitionen und eine grössere Auswahl an Schweizer Filmen ohne zusätzliche Steuergelder. Das stärkt die Vielfalt und Identität der Schweiz.



Martina Munz
Nationalrätin SP
Schaffhausen

«Illiberal und bevormundend»

Das Mitglied der JSVP Aargau will nicht, dass der Staat vorschreibt, welche Inhalte die Konsumenten konsumieren sollen.

Von Samuel Hasler

Das neue Filmgesetz schreibt Konsumentinnen und Konsumenten vor, was sie zu konsumieren haben, und fordert dazu gleich noch eine neue Steuer. Der Staat will vorschreiben, welche Inhalte zu konsumieren sind, ohne diese auf ihre Qualität hin zu prüfen. Das Argument der Befürworter, so für mehr «Swissness» im Film- und Serienmarkt zu sorgen, ist nicht nachvollziehbar. Die 30-Prozent-Quote wird zu einer klaren Angebotsverschlechterung, wenn nicht sogar zum Rückzug einiger Anbieter aus dem Schweizer Markt führen.

Wer Schweizer Filme und Serien sehen will, kann dies bereits heute unter «Play Suisse», einem Angebot der Serafe-finanzierten SRG, tun. Zusätzlich unterstützen wir bereits heute den Schweizer Film mit über 120 Millionen Franken – jedes Jahr. Dieser Betrag setzt sich aus Steuer- und Serafe-Geldern zusammen. Eine weitere Zwangssteuer nur für Filme und Serien, welche über 30 Millionen Franken pro Jahr generiert, ist abzulehnen. Die bereits gesprochenen Gelder finanzieren mehrheitlich Filme und Serien, welche kaum jemand kennt, geschweige denn im Kino sehen will. Dies führt dazu, dass wir bereits heute fast jeden Eintritt an der Kino-

kasse mit mehr als 140 Franken subventionieren. Die neue 4-prozentige Umsatzsteuer würde diese Subvention nur weiter befeuern. Neben den Onlinemedien ist aber auch der TV-Bereich vom Gesetz betroffen. Private TV-Sender wie 3+, Pro7 oder auch RTL müssen 4 Prozent ihres Umsatzes in Filme und Serien investieren, was sie sich eigentlich nicht leisten können. Eigenproduktionen der Sender, welche klar auf die Bedürfnisse der Konsumenten abgestimmt sind, sind dabei nicht anrechenbar.

Das neue Filmgesetz wird die Probleme der Filmschaffenden nicht lösen. Es führt zu einer deutlichen Zunahme verschwendeter Steuermittel, zerstört das Angebot im Film- und Serienmarkt und füllt weiter die Kassen der Filmschaffenden, welche Filme und Serien produzieren, die klar an den Bedürfnissen der Konsumenten vorbeiziele.



Samuel Hasler
Leiter Referendum
JSVP Aargau